

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 44 (1950)
Heft: 2

Artikel: Fünf Jahre Arbeiterregierung in England
Autor: Furrer-Proud, Millicent
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139360>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bald glaubt er, Gott greife in manifester Weise ein in den Lauf der Geschichte durch eine providentielle Persönlichkeit nach gewaltigen Revolutionen und Umwälzungen, bald denkt er an ein Wunder, vergleichbar der Auferstehung des Herrn. Er zögert, dieser Persönlichkeit des «Retters» feste Gestalt zu geben; aber er sieht sie für Frankreich wohl entweder als eine neue Jeanne d'Arc oder als einen neuen Christus. Es ist jedenfalls ein *französischer* Sieger, den er herbeisehnt, und er hat sich in seiner Voraussicht nicht gänzlich geirrt. Doch auch Frankreichs Sieg zu sehen, ist ihm nicht vergönnt. Er verbringt seine letzte Zeit in der Provinz: Von Rennes geht er nach Saint-Piat und Bourg-la-Reine, wo ihn am 3. November 1917 der Tod ereilt, in dem gleichen Gartenhaus, das 1914 Charles Péguy beherbergt hat in jener Nacht vor seinem Aufbruch zur Marne. Er stirbt in der Enttäuschung darüber, sein Leben nicht als Märtyrer beschließen zu dürfen.

Herbert Hug.
Fortsetzung folgt.

Fünf Jahre Arbeiterregierung in England

Mit welcher Freude und Erwartung erfuhren wir 1945 den Sieg der Labourpartei in England. Nach zweimaligem Anlauf in den Jahren 1924 und 1931 hatte sie die Nachkriegslage richtig ausgenützt und mit einem klaren und entschiedenen Programm den «Mann, der den Krieg gewonnen hatte», und seine Zigarre besiegt und mit 394 von 640 Mandaten (das heißt 62 Prozent) eine starke Position im Lande errungen. Nach Professor Laski wird 1945 ein ebenso wichtiger Markstein sein in der politischen Geschichte Englands wie 1832, das Jahr des großen Reformgesetzes.

Auch in allen Nachwahlen hat die Arbeiterregierung einen Rekord geschlagen, indem sie keinen einzigen Sitz verlor, was bisher nie vorgekommen ist. Nun kommt die große Frage, ob das englische Volk am 23. Februar der Arbeiterpartei nach all dem, was sie geleistet hat, eine zweite Möglichkeit geben wird, oder ob es dem Beispiel der Neuseeländer und Australier folgen und die Oppositionspartei an die Macht bringen wird. David Low, der große Karikaturist (s. «Volksrecht», 19. 1. 1950), der nun für den «Daily Herald» zeichnet, und der einen hervorragenden politischen Flair hat, brachte vor ein paar Wochen ein Bild, worauf Oberst Blimp, die von Low erfundene Figur des Erzreaktionärs, als Leichenbestatter mit seinem Leichenwagen und Gefolge vor Downing Street Nr. 10 wartet. Morrison, der Diener, begegnet ihnen an der Schwelle des Hauses des Premierministers mit den Worten: «Es scheint ein Irrtum vorzuliegen, meine Herren. Der Verstorbene war ein entfernter Verwandter in Neuseeland.» Möge Low auch diesmal seinen politischen Flair beweisen. Diese weit entfernten Verwandten in Neuseeland und Austra-

lien, die den Wohlfahrtsstaat zu errichten versuchten, sind daran gescheitert (nach «New Statesman» vom 14. Januar), «weil sie die wirtschaftlichen Privilegien nicht angriffen und die wirtschaftliche Macht nicht der Gemeinschaft unterordneten. Der Sieg für eine demokratische sozialistische Partei hängt davon ab, ob sie die Arbeiterbewegung überzeugen kann, daß sie links anhält.»

Da in gewissen Arbeiterbezirken eine Apathie zu konstatieren ist, sahen sich ein paar Sozialisten gezwungen, eine Broschüre herauszugeben, «Keeping Left» («Wir halten links», Jan. 1950), worin sie zu zeigen sich bemühen, daß Vollbeschäftigung und gerechter Anteil am Wirtschaftsprodukt innerhalb einer gemischten Wirtschaft eine größere Revolution darstellen, als die meisten sie im Jahre 1945 für möglich hielten. Schafft sie doch die Hauptantriebe des Kapitalismus ab, die Angst der Arbeitnehmer vor Entlassung und die Hoffnung der Arbeitgeber auf uneingeschränkte Profite.

Wir können uns fragen, ob wir 1945 so viel von der Arbeiterregierung erwarteten. Haben wir die Forderungen der Arbeiterpartei (Let Us Face the Future) für durchführbar gehalten? «Die Nation braucht Nahrung, Arbeit, Heime, Arbeit für alle, einen steigenden Lebensstandard, Sicherheit für alle (gegen Not), Freiheit, aber keine Freiheit, andere auszubeuten.» Und doch hat die Arbeiterregierung in den fünf Jahren ihrer Amtstätigkeit erstaunlich viel von diesen Forderungen erfüllt. Was die Ernährung der Bevölkerung anbelangt, hat die Labourregierung durch Sammelkäufe und zweckmäßige Verteilung lebenswichtiger Nahrungsmittel sowie durch Staatssubventionen an Speck, Brot, Eier, Milch, Fleisch, Butter, Tee und Kartoffeln, durch Schulmahlzeiten und Milch für Schulkinder (gratis) die Gesundheit der Bevölkerung, vor allem von Mutter und Kind, gehoben. Zu dieser Gesundheit haben natürlich andere Faktoren beigetragen, eine bessere Verteilung der Einkommen zum Beispiel, wie wir sehen werden; vor allem aber hat die bessere Ernährung bewirkt, daß weniger Mütter bei der Geburt und weniger Kleinkinder sterben und daß die Kinder überhaupt größer und kräftiger werden.

Auf dem Gebiet der Schaffung von Heimen steht die Arbeiterregierung im Vergleich mit den Regierungen von anderen Ländern sehr gut da. Sie hat siebenmal so schnell gebaut wie die konservative Regierung nach dem ersten Weltkrieg, viel schneller als Westeuropa und die USA; die neuen Wohnungen sind besser, größer und nicht eintönig. Wenn man die neuen Wohnhäuser neben den Docks in London, zum Beispiel mit den alten armseligen Wohnungen, die noch stehen, vergleicht, ist man überrascht über den Fortschritt. Trotzdem haben 23 Prozent der Wohnungen in Großbritannien immer noch weniger als ein Zimmer pro Einwohner und 7 Prozent keine Wasserleitung. In Schottland soll die Überbesetzung der Wohnräume 50 Prozent betragen, in Glasgow hörten wir letzthin von einer siebenköpfigen Familie in einem Zimmer. Wenn man an die Slums in den Großstädten Englands denkt, ist man nicht er-

staunt, daß nach fünf Jahren einer Arbeiterregierung nicht alle Leute schöne Wohnungen haben. Das Wunder ist, daß in so kurzer Zeit so viel geleistet wurde.

Der nächste Punkt auf der Wahlerklärung von 1945 lautet: «Arbeit für alle.» Dieses Versprechen ist gehalten worden, in gewissen Industrien besteht sogar ein Mangel an Arbeitskräften. Wenn er sein Los mit dem der Belgier, der Italiener und der Bürger von Westdeutschland vergleicht, und mit dem der 4¼ Millionen Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten, kann sich der Engländer in diesem Punkt sehr glücklich schätzen. (Zwischen den zwei Weltkriegen hatte Großbritannien nie weniger als 800 000 Arbeitslose.) Ob aber eine neue Arbeiterregierung Vollbeschäftigung sichern kann im Falle einer Depression in den USA, ist eine andere Frage.

Wie steht es mit dem nächsten Versprechen der Arbeiterpartei von 1945, einen steigenden Lebensstandard herbeizuführen? Die Lohnverdiener haben zweifellos einen größeren Anteil des Nationaleinkommens bekommen wie vorher, zum Teil wegen der Regelmäßigkeit des Verdienstes und der höheren Besteuerung der größeren Einkommen, zum Teil der sozialen Dienste wegen: Altershilfe, Kinderzulagen und Gesundheitsdienst. Die Unterschiede im Einkommen sind viel weniger kraß als vorher, wie auch der Unterschied in den Löhnen für gelernte und ungelernete Arbeiter, für Industriearbeiter gegenüber landwirtschaftlichen Arbeitern. Die hohen Steuern haben für eine Neuverteilung der Einkommen gesorgt. Im Jahre 1948 zum Beispiel haben Leute, die unter 250 Pfund im Jahre verdienten, 2 Prozent an Steuern abgeliefert, während Einkommen von 10 000 Pfund mit 77 Prozent Steuern belastet wurden. Was übrig blieb, ist noch immer eine hübsche Summe! Professor Cole behauptet in seinen «Facts for Socialists» (Fabian Broschüre, Okt. 1949), daß bloß durch Besteuerung der Reichen keine große Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterklasse zu erreichen sei. Die Arbeiter können einen höheren Lebensstandard nur durch gesteigerte Produktivität erwarten. Das will nicht heißen, daß die englischen Arbeiter weniger arbeiten als die Amerikaner zum Beispiel, aber die Amerikaner haben etwa doppelt soviel Pferdekräfte an Maschinen und Energie zur Verfügung als die Engländer.

Der nächste Punkt des Programms von 1945, «Sicherheit für alle», ist mehr oder weniger erreicht worden. Die Grundlage dazu wurde während des Krieges gelegt und in den fünf Jahren seither haben die Engländer große Fortschritte in der Richtung des Wohlfahrtsstaates gemacht, einer Gemeinschaft, in welcher jeder Bürger auf ein Minimum an Lebensstandard und Entwicklungsmöglichkeiten rechnen kann, und das alles trotz dem bankrotten Zustand Englands, den Churchill 1944 Morgenthau voraussagte. Durch Krankenversicherung, Witwenrenten, Altersversicherung und vor allem den großzügigen Gesundheitsdienst (der von 95 Prozent der Bevölkerung benützt wird) haben sie das Ziel erreicht. Wenn

die Konservativen in diesen Wahlen siegen sollten, würden sie solche Errungenschaften beibehalten müssen. Es ist den Engländern zum Bewußtsein gekommen, daß sie ein Recht auf einen Gesundheitsdienst haben wie auf eine gute Erziehung ihrer Kinder. Der Gesundheitsdienst wird weiter ausgebaut werden müssen durch den Bau von Gesundheitszentren, neuen Spitälern, neuen Entbindungsanstalten und durch die Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal. Er wird in den nächsten fünf Jahren bedeutend mehr kosten. Man hat natürlich den Gesundheitsminister, Aneurin Bevan, angegriffen, weil die Kosten doppelt so hoch waren, wie ursprünglich angenommen wurde (300 Millionen Pfund statt 150). Man schimpfte über die 8 Millionen Brillen und 28 000 Hörapparate, die verordnet wurden, und die 8½ Millionen Patienten, die von Zahnärzten behandelt wurden. Seine Antwort war, daß niemand in England habe wissen können, in welchem Maße Krankheit und Leiden verbreitet gewesen seien, weil die Bevölkerung bei den früheren hohen Arzt- und Arzneikosten nichts dagegen habe unternehmen können.

Wir sehen also, daß die Arbeiterregierung ihr Versprechen in innenpolitischen Angelegenheiten gehalten hat. Der liberale «Manchester Guardian» schreibt dazu: «Niemand hat eine Regierung mit der Verwirklichung eines so breiten, im voraus entworfenen Programmes begonnen und es so vollständig in die Tat umgesetzt.» Wenn die Labourpartei ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiert, kann sie auf diese rasche Entwicklung wirklich stolz sein.

Parallel zu dieser Entwicklung zur sozialen Sicherheit in Großbritannien läuft die Verstaatlichung gewisser Industrien. In den letzten fünf Jahren gingen nicht weniger als zehn Wirtschaftszweige in die öffentliche Hand über, vor allem die Kohlenindustrie (die zwanzig Jahre darauf gewartet hatte), das gesamte Transportwesen, Eisenbahn-, Straßen- und Wasserverkehr umfassend. Über die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie soll der Ausgang der Neuwahlen entscheiden.

Trotz dieser Verstaatlichung ist keine grundlegende Änderung in der Klassenstruktur der Engländer eingetreten, da die früheren Besitzer durch den Staat entschädigt worden sind, der ihnen immer noch Zins bezahlen muß. Ihr Kapital ist unangetastet geblieben (s. Cole, «Facts for Socialists», S. 11). Die Labourregierung meint, es sei unfair, das Eigentum der einen zu enteignen, während sie das Eigentum der anderen nicht anrührt. Deshalb hat die Nationalisierung das Problem des Kapitalbesitzes nicht gelöst. Professor Cole meint, daß nur eine Kapitalabgabe oder höhere Erbschaftssteuern die Klassenstruktur ändern könnten. Ob die gemäßigten Führer der Partei seinen Rat befolgen werden, falls sie ans Ruder kommen, ist sehr zweifelhaft. Sie wollen eher ihre Position konsolidieren, aber vorläufig keine weiteren Postulate des Sozialismus verwirklichen.

Aber die Frage ist, ob die aufgeweckten, verhältnismäßig gut orientierten englischen Wähler (und Wählerinnen) sich mit dieser Klassen-

gesellschaft noch zufrieden geben werden. Es ist ihnen bis jetzt vielleicht zuwenig zum Bewußtsein gekommen, daß 90 000 Buben und 95 000 Mädchen der Reichen immer noch eine Vorzugsschulung genießen. Diese Kinder werden in kleineren Klassen unterrichtet, haben besser bezahlte Lehrer und besser ausgerüstete Räume als die Kinder, die die staatlichen Schulen besuchen. Obwohl es für ausgewählte Arbeiterkinder viel leichter geworden ist, die höheren Schulen zu besuchen, ist der Klassencharakter des britischen Erziehungswesens sehr betont. «Großbritannien», sagt Professor Cole, «ist noch nicht eine Demokratie im vollen Sinne des Wortes.» Eine zweite Regierungsperiode würde der Labourpartei eine Gelegenheit geben, Großbritannien der Demokratie näherzubringen. Gegenüber all diesen Leistungen in Großbritannien selbst läßt die Außenpolitik der Arbeiterregierung zu wünschen übrig. Wie in den achtziger Jahren die liberale Regierung unter Gladstone, die gewählt wurde, um die imperialistische Politik Disraelis zu ändern, noch vom Geist Disraelis beseelt war (was dazu führte, daß England bald seine Hand auf Aegypten legte), so ist leider der Geist Churchills auch in der Außenpolitik der Arbeiterregierung zu spüren.

Sogar die konservative «New York Herald Tribune», (Pariser Ausgabe) stellte am 5. Juni 1946 fest: «Die von Mr. Bevin in den ersten zehn Monaten verfolgte Linie stimmt mit den Versprechungen und den Doktrinen der britischen Labourpartei nicht überein. Die Politik Mr. Bevins liegt darin, die Richtlinien, die er bei seinem Amtsantritt vorfand, weiterzuführen und der von Mr. Churchill und der ‚alten Garde‘ im Außenamt festgelegten Linie treu zu bleiben.» Wie schön waren die Worte des Programms der Labourpartei «Let Us Face the Future» (Laßt uns in die Zukunft schauen) 1945:

«Kein Programm für die Innenpolitik – wie klug es auch ausgedacht sei, wie tapfer es ausgeführt werden möge, kann in einer noch von Krieg bedrohten Welt erfolgreich sein . . . Wir müssen die große Waffenbrüderschaft des britischen Commonwealth mit den USA und der Sowjetunion auch für den Frieden erhalten. Laßt uns nicht vergessen, daß in den Jahren vor dem Krieg die Konservativen solche Angst vor Rußland hatten, daß sie die Gelegenheit verpaßten, eine Partnerschaft zu etablieren, die den Krieg vielleicht hätte verhindern können.»

Hat sich die Erfahrung von 1919 nicht wiederholt? Sofort nach dem Krieg fing das alte Mißtrauen auf beiden Seiten wieder an, in Rußland dadurch genährt, daß es aussah, als ob Großbritannien und die USA ein Bündnis gegen die Sowjetunion beabsichtigten. Schon im März 1946 hielt Churchill seine Fulton-Rede. Nicht UNO, sondern das Gleichgewicht der Mächte war das Leitmotiv. Mr. Attlee behauptete November 1946, die Regierung verbünde sich nicht mit den USA gegen die Sowjetunion. Und doch waren die Vorbereitungen für anglo-amerika-

nische kollektive Verteidigung gegen Rußland in jenem Moment schon ziemlich fortgeschritten (Zilliacus). Wir kennen nur zu gut die Weiterentwicklung zur Truman-Doktrin, dem Plan für das «containment» (Einschließung) der Sowjetunion. Vor einem Plan der kollektiven Sicherheit gegen den Kommunismus warnten, April 1947, Richard Crossman, Michael Foot und Ian Mikardo und andere Abgeordnete (Keep Left).

«Wenn Amerika mit der Unterstützung der Labourregierung ‚kollektive Sicherheit‘ gegen Rußland organisiert und Dollaranleihen dazu verwendet, anti-kommunistische Regimes um die russische Grenze herum aufrechtzuerhalten, so werden die kommunistischen Führer nur eine Schlußfolgerung ziehen können. Sie werden das Schlimmste annehmen und sich hartnäckig in der Defensive halten, bis ihre Wissenschaftler genug Atombomben hergestellt haben, um das Gleichgewicht der militärischen Macht wiederherzustellen. Auf kurze Sicht bedeutet dies den Ruin eines in zwei sich bekämpfende Einflußgebiete geteilten Europas, auf lange Sicht einen dritten Weltkrieg. Es wäre ein Verrat am britischen und europäischen Sozialismus, würden wir uns gehorsam unter kommunistische Führung stellen. Aber es wäre gleichfalls verhängnisvoll, sollten wir amerikanische Führung im Austausch gegen Dollar akzeptieren . . . Die Aufgabe des britischen Sozialismus müsse sein, wo immer möglich, die kleineren Nationen von dieser nutzlosen ideologischen Kriegsführung abzuhalten und den Zwist zwischen den USA und der USSR beizulegen.»

Wie gut wäre es gewesen, wenn die Labourregierung so gehandelt hätte. Lesen wir doch jetzt, daß «es in den USA eine Schule gibt, die die Auffassung vertritt, daß die Truman-Doktrin nie anders als strategisch-geopolitisch gemeint war» (NZZ, 12. 1. 1950). Auch der Berichterstatter der NZZ scheint diese Auffassung zu teilen. Und doch wurde die Welt irregeführt. Man behauptete, die Westmächte unterstützten den Kampf um die Freiheit in Griechenland. Nein, die Truman-Doktrin hat wahrlich weder in Griechenland noch in China Reklame für sich gemacht. Trotzdem hat die Labourregierung sich im Schlepptau der USA ziehen lassen.

«Da die englische Regierung sich auf amerikanische Unterstützung gegen Rußland verließ», schrieben Crossman und Co., «beeinträchtigte sie ihr Verhältnis zu den demokratischen Kräften in Europa. Sie gestattete, daß sie auf die Seite gedrückt wurden, indem jedes Land in einen kommunistischen und einen anti-kommunistischen Block aufgespalten wurde . . . In Griechenland z. B. wurden wir nach und nach dazu gebracht, die Reaktion und halb-faschistische Kräfte zu unterstützen.» Die Früchte der «demokratischen Erziehung» Deutschlands liegen klar zu Tage.

Leider ist diese Entwicklung in den letzten zwei Jahren weiter ge-

schritten, bis die Welt in zwei Lager gespalten ist, und durch die Verfolgung ihrer Brüderparteien in den Oststaaten hat die Arbeiterpartei in England immer weniger Verständnis für Rußland aufbringen können. Die Angst vor Rußland, wovon das Labourpartei-Programm 1945 warnte, ist wieder da, in noch schlimmeren Formen und in einem Atomzeitalter (sogar einem Wasserstoffatomzeitalter) noch viel verhängnisvoller.

Wir können leider nur kurz auf die Entwicklung hinweisen, die von der Truman-Doktrin zum Marshallplan führte (Warum wurde die Hilfsaktion nicht von der UNO durchgeführt, wie seinerzeit die UNRRA, die ein großer Erfolg war? Warum behauptete man, der Marshallplan werde keine militärischen Verpflichtungen nach sich ziehen?), zur Westlichen Union, zum Atlantikpakt, mit schwerwiegenden Bedingungen für die Signatarmächte. Wie es sich jetzt herausstellt, soll eine amerikanische Luftdivision mit fliegenden Festungen in England permanent stationiert bleiben und die englischen Inseln den Amerikanern als unversenkbarer Flugzeugträger dienen (NZZ 218). Auch Professor Laski in seiner Broschüre «Sozialismus als Internationalismus» (Februar 1949) warnt davor: «Je gründlicher wir versuchen, die Verteidigung Westeuropas in Übereinstimmung mit amerikanischen Zwecken zu organisieren, um so sicherer ist es, daß wir nicht nur das Wachstum gemeinsamer Aufgaben in einer unteilbaren Welt verhindern, sondern auch die Entwicklung jener Atmosphäre der Duldsamkeit, unter deren Einfluß die Möglichkeit besteht — nicht mehr als die Möglichkeit —, daß wir den Frieden bewahren können.»

Ohne Zweifel sehnt sich die Labourpartei nach der Freiheit von Furcht, nach Frieden, und doch hat sie sich, wie alle anderen Regierungen, zu wenig dafür eingesetzt. «Der größte Fehler der britischen Außenpolitik seit dem Krieg (nach dem ‚New Statesman‘ vom 28. Jan. 1950) liegt darin, daß Mr. Bevin Mr. Wyschinskis neue Vorschläge für atomische Abrüstung in Lake Success nicht aufgriff.»

Trotzdem die Schwierigkeit, eine für beide Seiten annehmbare Lösung dieses heikelsten aller Probleme zu finden, nicht zu unterschätzen ist, muß man bedauern, daß die Labourregierung hier nicht eine vermittelnde Rolle gespielt hat.

In der Befreiung der Kolonien hat aber die Labourregierung viel radikaler und viel klüger gehandelt als die Konservativen es getan hätten. 1946, als die Kabinetmission nach Indien abreiste, sagte Mr. Attlee als Premierminister, «Indien muß selbst wählen, was seine zukünftige Verfassung sein wird», und zu Burma sagte er, «Die Burmesen selbst müssen ihre Zukunft bestimmen». Indien und Pakistan und Ceylon bleiben im Britischen Commonwealth, als Dominien, Burma wählte die Unabhängigkeit. Obwohl wir diese Befreiung der Völker Asiens sehr begrüßen müssen, ist auch etwas Skepsis am Platz. Vielleicht werden die Geschichtsschreiber, die eine bessere Perspektive haben als wir, die Un-

vermeidlichkeit eines Rückzuges mehr betonen als die Großherzigkeit der Engländer. Das Erfreuliche an der jetzigen Lage ist, daß das Britische Commonwealth nun ein paar «farbige» Dominien hat, die den anderen Mitgliedern den Standpunkt der Asiaten klar machen können. (In offizieller Sprache wird nun «British» vor Commonwealth sogar weggelassen.) England scheint doch von Nehru beeinflusst worden zu sein, in der Frage der Anerkennung der neuen chinesischen Regierung (wenn auch der Druck der Business-Interessen viel dazu beigetragen haben mag). England, Indien, Pakistan und Ceylon haben das neue China anerkannt, die «weißen» Dominien Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika (weiß?) warten auf die Initiative Amerikas. Die Anerkennung von Bao Dai in Vietnam würde eher die Solidarität der Westlichen Union den Kolonien gegenüber beweisen. Trotzdem 99 Prozent der Bevölkerung (nach Andrew Roth in der amerikanischen «Nation» vom 8. 1. 1949) gegen Bao Dai sind, betrachtet der amerikanische Sonderbotschafter, Jessup, das Regime Bao Dais offenbar als eine «Regierung nach eigener Wahl»!

Leider hat der Mann auf der Straße sich bis jetzt zu wenig mit diesen Problemen beschäftigt. In diesen englischen Wahlen wird überhaupt wenig über die Außenpolitik gesprochen. Und doch werden in den nächsten fünf Jahren die Geschehnisse in Asien und Afrika von größter Bedeutung für die Zukunft Großbritanniens sein. Wenn die Arbeiter Englands gegenüber ihren Brüdern in den Kolonien gleichgültig und unwissend bleiben, wenn sie den Ruf nach Brot, nach Gesundheit, nach Erziehung in den Kolonialländern nicht beachten, dann wird die Umgestaltung der Verhältnisse von anderen besorgt werden. Überall erwachen die bisher unterdrückten Völker, Westafrika, Ostafrika, Malaya, Westindien usw. Es sind innerhalb der Arbeiterpartei Menschen, die für die Befreiung der Kolonialvölker Großes leisten. Traurig ist es aber, wie solche Menschen, wenn sie zu regieren haben, überall in das bestehende System verstrickt werden. «Keine Freiheit, andere auszubeuten», erklärte die Arbeiterpartei in «Let Us Face the Future», 1945. Aber die Ausbeutung der Kolonialländer geht noch weiter. «In den 30 Monaten bis Juli 1949 haben die Engländer — d. h. die Reichen — nicht weniger als 468 Millionen Pfund in Übersee, vor allem in Afrika und Asien investiert.» Vermissen werden die Garantien zum Schutze der Eingeborenen. (Brailsford in «New Statesman», 10. Dezember 1949.) Die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Gebieten aber will die Labourregierung der Welt nicht bekannt geben. Es war für die Freunde Labours eine erschreckende Nachricht, daß die Labourvertreter Großbritanniens bei der UNO gegen das Recht des Pfarrers Michael Scott stimmten, in Lake Success für die Hereros in Südwestafrika einzutreten. Brailsford sagte: «Reiche (Imperien) werden immer zusammenhalten, gegen irgendeinen Verteidiger ihrer farbigen Untertanen.» Glücklicherweise war die Mehrheit in Lake Success dafür, daß Scott sprechen solle,

und seine einstündige Rede hinterließ einen tiefen Eindruck. Bezeichnenderweise stritt man sich in der Vierten Kommission der UNO-Generalversammlung über die Ausweise Scotts als Vertreter, worauf der mexikanische Delegierte die Frage aufwarf, ob nicht vielleicht auch Christus verurteilt wurde, weil er sich nicht als Sohn Gottes ausweisen konnte. Es soll darauf betretenes Schweigen geherrscht haben.

Eine andere bedenkliche Tatsache ist, daß der Vertreter Großbritanniens in Lake Success sich der Stimme enthielt in der Frage der Entsendung von Kontrollmissionen der UNO in die Treuhandschaftsgebiete und sich den meisten Resolutionen widersetzte, die von den Mandatsregierungen Auskunft über die Entwicklung und den Schutz der Menschenrechte in ihren Kolonien verlangten. Der diplomatische Korrespondent der «Sunday Times» erklärte, die britische Regierung sei eher bereit, eine Schwächung der Autorität der UNO in Kauf zu nehmen als in dieser Frage nachzugeben. Und doch ist das Treuhandschaftssystem selbst immer noch Imperialismus, wie die Fabierin Rita Hinden im «Empire and After» hervorhebt («Kolonialreich und was nachher?»). Wir wissen aber, daß die Zustände unter Labour, obwohl sie zu Kritik Anlaß geben, sich viel schlimmer gestaltet hätten unter einer konservativen Regierung. Die schmutzige Kritik, der der Schriftsteller J. B. Priestley ausgesetzt ist, eben weil er für die Arbeiterregierung am Radio spricht, zeigt, wie sehr die Reaktion eine zweite Regierungsperiode der Labourpartei fürchtet. Vielleicht wird die Arbeiterpartei nicht die überwältigende Mehrheit erringen, die sie 1945 gewann, aber wir hoffen sehr, daß sie die Möglichkeit haben wird, die Erfahrungen dieser fünf Jahre tapferer Arbeit im Innern für die noch schwierigeren Probleme der Außenpolitik nutzbar zu machen.

Millicent Furrer-Proud.

Hic Rhodus, hic salta

Offener Brief an Herrn Dr. Felix Köchlin

Lieber Felix!

Du hast meine Broschüre «Geist, christlicher Glaube, Sozialismus» in die Hände bekommen und mir daraufhin im «Aufbau» (vom 27. Jan. 1950) einen Artikel, betitelt «Der hinkende Bote» gewidmet. Der erste Teil meiner Schrift hat Dir um der Kritik an der Kirche willen offenbar nicht schlecht gefallen, nachdem Du festgestellt hast, daß diese Kritik einer tolstojanischen Linie folge. Die dann folgende Kritik am verbürgerlichten Sozialismus aber hat Dir Gelegenheit gegeben, erstens zu zeigen, was Du alles weißt, zweitens darzulegen, daß ich vom Sozialismus nichts verstehe, ein terrible simplificateur und Nachbeter des Vulgärmarxismus sei und drittens von mir einen Protest gegen den russischen Bolschewismus zu verlangen. Den letzten Teil, den nicht-kritischen – der dem törichten Verfasser leider der wichtigste war – hast Du dann offenbar gar nicht mehr gelesen. Wozu auch? So viel gewichtige Feststellungen sollten doch genügen, um den Autor in Sack und Asche zu jagen.

Wenn Du Dich in den Jahren, da ich Dich nicht mehr gesehen habe, nicht sehr verändert hast – was zwar möglich ist, waren es für Dich doch die oft entscheidenden